

KBV, Krankenhäuser und Bundesärztekammer vereinbaren:

Ab 2010 mehr Geld für die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin

Die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin wird ab diesem Jahr stärker als bisher gefördert. Bundesweit sollen insgesamt mindestens 5.000 allgemeinmedizinische Weiterbildungsstellen pro Jahr gefördert werden. Im ambulanten Bereich erhält jeder Nachwuchsmediziner in der Allgemeinmedizin zurzeit monatlich 2.040 Euro. Dieser Betrag wird auf bis zu 3.500 Euro (brutto) erhöht.

Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin hatte einen zu erwartenden Mehrbetrag für die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin bereits in der Haushaltsplanung für 2010 berücksichtigt. Mit der

Erhöhung wird bundesweit der Unterschied der Honorierung zwischen dem ambulanten ärztlichen Bereich und den Tarifgehältern im Krankenhaus weitgehend aufgehoben.

Hintergrund: Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-SV), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) haben im Einvernehmen mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) und im Benehmen mit der Bundesärztekammer (BÄK) eine Vereinbarung zur Förderung des hausärztlichen Nachwuchses geschlossen.

Diese ist zum 1. Januar in Kraft getreten. Die Effektivität dieser Fördermaßnahmen soll jährlich überprüft werden.

Eine weitere Maßnahme ist die Einrichtung von Koordinierungsstellen in den Bundesländern. Die Koordinierungsstellen sollen die Weiterbildung organisieren und abstimmen. Des Weiteren werden sie für die Evaluation und Qualitätssicherung des Förderprogramms zuständig sein. Für die angehenden Ärzte sind solche Stellen als Informationsplattform und Vermittlungsstelle zwischen Krankenhäusern und Praxen gedacht.

red

Wir wollen Euch!



Bei der Förderung ihres hausärztlichen Nachwuchses haben sich Krankenkassen und Ärzteschaft bislang nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Zwar gab es in unseren Verbänden und Körperschaften viele Lippenbekenntnisse, den „wegbrechenden“ Berufsnachwuchs mit wirksamen Maßnahmen aufzufangen. Doch wenn es um konkrete Maßnahmen – also auch um Geld – ging, herrschte entweder das berühmte „Schweigen im Walde“ oder wurden die Verantwortlichkeiten hin- und hergeschoben. Zwischen Kassen und Ärzten sowieso, aber auch zwischen den Versorgungsektoren und Facharztgruppen. Damit ist nun hoffentlich Schluss.

Alle Beteiligten haben sich jetzt verbindlich darauf geeinigt, dass jährlich mindestens 5.000 Weiterbildungsstellen finanziell gefördert werden, dass es definitiv mehr Geld dafür geben wird und dass auch wir, die Kassenärztlichen Vereinigungen, in der Pflicht sind. Das Salär für unsere Nachwuchskollegen wird von jetzt 2.040 Euro auf bis zu 3.500 Euro pro Monat erhöht. Das ist ein großer und notwendiger Schritt. Schließlich rekrutiert sich unser Nachwuchs aus jungen Menschen, die meist schon Familie haben. Was sie jetzt bekommen werden, entspricht in etwa dem „Tarifgehalt“ in den Krankenhäusern.

Und damit es keine Missverständnisse gibt: Ich stehe auch persönlich hinter dem gefundenen Kompromiss. Wer mich kennt, weiß, dass mir die Weiterbildung unseres ärztlichen Nach-

wuchses seit langer Zeit ein wichtiges Anliegen ist, für das ich mich auf verschiedenen Ebenen bis hin zum Vorstand der KBV eingesetzt habe. Und für das ich auch Mitstreiter wie Vittoria Braun, Günther Jonitz oder Carl-Heinz Müller hatte, die ich hier nur stellvertretend für andere Kolleginnen und Kollegen nennen möchte.

Wir alle können mit dem jetzt gefundenen Kompromiss leben, weil er sich nicht nur auf das Thema Geld beschränkt, sondern ausdrücklich auch strukturelle Verbesserungen der Weiterbildung, wie die Koordination zwischen den einzelnen Weiterbildungsträgern in Klinik und Praxis, vorsieht. Und damit das nicht nur Absichtserklärungen bleiben, werden dafür regionale Anlaufstellen eingerichtet, die sich konkret in der Region mit der Koordination der Weiterbildungsinhalte beschäftigen sollen. Sicher – im Detail muss sich zeigen, ob wir Erfolg haben. Deswegen haben wir mit den Krankenkassen auch vereinbart, dass es regelmäßige Überprüfungen unserer Zielstellung und ggf. Nachjustierungen geben soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Hoffnung ist es, dass wir mit diesen Schritten nun bundesweit Signale setzen: Die Selbstverwaltung ist in der Lage, strukturelle Probleme der ärztlichen Versorgung aus eigener Kraft zu lösen, und wartet nicht, bis ihr die Politik Vorgaben macht. Und Medizinstudenten sollen bereits frühzeitig das Signal erhalten: Wir brauchen Euch und – wir wollen Euch!

Dr. med. Angelika Prehn

Kommentar